

Dr. Patrick

**Rapp MdL**

Ihr Abgeordneter für den Wahlkreis Breisgau

## Neues aus dem Wahlkreis

**Rapp und Wolf bei Kundgebung von Landwirten und Winzern zu Problemen mit dem Mindestlohn in Oberkirch**

Mehr als 1000 Landwirte und Winzer kamen zur Kundgebung von BLHV, Weinbauverband und des Landesverbands Erwerbsobstbau. Es waren keine Abgeordneten der SPD und der Grünen anwesend. CDU-Fraktionschef Guido Wolf MdL, begleitet von Dr. Patrick Rapp MdL, Willi Stächele MdL und Kordula Kovac MdB, sprach zu den Teilnehmern und erklärte sich für Änderungen stark zu machen. Die CDU-Landtagsfraktion hat Ende März eine öffentliche Anhörung zum Thema Mindestlohn durchgeführt. „In Baden-Württemberg stellt die Höhe des Mindestlohns von 8,50 Euro in der Regel kein Problem dar. Aus unserer Sicht muss aber bei den bürokratischen Auswirkungen des Mindestlohngesetzes dringend nachgebessert werden. Wir stehen im intensiven Austausch mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wir werden die an uns herangetragenen Kritikpunkte am Mindestlohngesetz sowohl der Arbeitgeberseite als auch der Arbeitnehmerseite in den Überarbeitungsprozess des Gesetzes einbringen. Das Mindestlohngesetz darf nicht zu einem Hindernis für wirtschaftliches Arbeiten werden und es muss vor allem bei besonders stark betroffenen Branchen wie der Landwirtschaft umgehend nachgebessert werden“, betonte Wolf. Die aktuelle Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion hierzu können Sie [hier](#) nachlesen.

**Rapp begrüßt Einigung bei der Ortsumfahrung Staufen / CDU-Abgeordneter setzt sich für Aufnahme in Bauprogramm des Landes ein**

**Staufen** – Die Einigung im Streit um die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss der Ortsumfahrung Staufen wird vom CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Patrick Rapp begrüßt. „Damit besteht ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss und der Bau der Ortsumfahrung rückt damit näher“, so Rapp. Jetzt gelte es seitens des Landes die Umfahrung auch zeitnah anzugehen. „Die Ortsumfahrung ist für Staufen sehr wichtig und notwendig“, so Rapp, der wie die Stadt Staufen die Notwendigkeit für beide Bauabschnitte und damit die Große Umfahrung sieht. Erst durch beide Bauabschnitte und damit der ganzen „Großen Umfahrung“ entfalte das Straßenbauprojekt seine komplette Entlastungswirkung.

Die Baden-Württemberg Partei

**Rapp besucht Polizeirevier Breisach**

**Breisach** – Mit Thomas Hagnberger hat das Polizeirevier Breisach seit einigen Wochen einen neuen Revierleiter. Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Patrick Rapp traf sich mit Hagnberger zu einem Austausch und informierte sich über die Kriminalitätsentwicklung, aber auch über die Auswirkungen der Polizeireform. 62 Stellen umfasst das Polizeiviertel, zu dem auch die Polizeiposten in Bötzingen und der March gehören. Mit Blick auf die Polizeireform erklärte Rapp, dass hier zwar ein Reformbedarf bestanden habe, aber durch die nun umgesetzte Reform viele erfolgreiche Strukturen zerschlagen und sehr große Einheiten geschaffen wurden. Rapp lobte das Engagement der Beamten, die sich für die Sicherheit und Ordnung vor Ort einsetzen. Er sagte der Polizei die Unterstützung der CDU zu. Gleichzeitig kritisierte er die Pläne der Landesregierung zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten. Dies drücke ein unberechtigtes Misstrauen gegenüber der Polizei aus. Überrascht zeigte sich Rapp darüber, dass im Zuge der Polizeireform der Mannschaftstransportwagen aus Breisach abgezogen wurde und dieser nun erst aus anderen Bereichen des Landkreises für Einsätze oder Lehrgänge ausgeliehen werden müsse.

**Rapp informiert sich bei Kanderner Traditionsfirma**

**Kandern** – Die Traditionsfirma Kandern Feuerfest ist mit 70 Mitarbeitern ein wichtiger Arbeitgeber in Kandern. Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Patrick Rapp informierte sich mit Bürgermeister Dr. Christian Renkert und den CDU-Gemeinderäten Ulrike Lerner und Max Sütterlin bei einem Unternehmensbesuch über die aktuelle Situation aber auch die Besonderheiten des Schamottherstellers.

Dr. Patrick  
**Rapp MdL**

Die Baden-Württemberg Partei



Die Baden-Württemberg Partei



Ich wünsche Ihnen  
frohe **Ostern!**

Ihr  
**Dr. Patrick  
Rapp MdL**



### Landtag diskutiert über Kartellverfahren im Forst



Auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion hat sich der baden-württembergische Landtag Ende März in einer aktuellen Debatte mit dem Kartellverfahren gegen ForstBW beschäftigt. Das Bundeskartellamt hat dem Land (ForstBW) in seinem Beschlussentwurf die Holzvermarktungsdienstleistung von Nadelstammholz für andere Waldbesitzer (Privatwald und Kommunalwald) über 100 ha untersagt, ebenso die vorbereitenden Dienstleistungen der Holzernte (Holzauszeichnen, Organisation und Betreuung der Holzerntemaßnahmen (inkl. Rückung), Holzaufnahme) sowie den Holzverkauf.

Der forstpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Patrick Rapp MdL, bezeichnete die Forderungen des Kartellamtes als zu weitgehend. Es sei fraktionsübergreifend das Ziel das Einheitsforstamt zu erhalten. Minister Bonde warf er fehlenden Einsatz bei den Verhandlungen mit dem Kartellamt vor. Gleichzeitig kritisierte er die Blockade des SPD-geführten Bundesumweltministeriums, die durch zusätzliche Vorgaben eine schnelle Änderung des Bundeswaldgesetzes verhindern. Durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes soll es zu einer genauen Zuordnung von Tätigkeiten in der Waldwirtschaft kommen, mit dem Ziel Beratung, Betreuung und Bewirtschaftung der Wälder auch in Zukunft durch das baden-württembergische Erfolgsmodell des Einheitsforstamtes zu erhalten.

Hier noch eine Anmerkung zum Antrag der Grünen zur Änderung des Bundeswaldgesetzes der letzte Woche im Bundestag von CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde. Dieser wurde zu Recht abgelehnt, da der Antrag der Grünen mögliche Veränderungen der guten forstlichen Praxis, wie es das Bundesumweltministerium wünscht, nicht ausschließt.

Sie können die Gesamtrede hier als [Video](#) anschauen.

### Keine zusätzlichen Gelder / Rapp hatte sich für Unterstützung für Landesgartenschau Neuenburg stark gemacht



**Neuenburg am Rhein** –Dr. Patrick Rapp hatte sich mit einem Schreiben an die Landesregierung gewandt und um Unterstützung für die Stadt Neuenburg am Rhein bei der Beseitigung der Kriegsfolgelasten im Zuge der Landesgartenschau 2022 gebeten. Wie Landwirtschaftsminister Bonde nun erklärte will das Land aber keine zusätzlichen Gelder bereitstellen. Rapp bedauerte die Absage. Der Abgeordnete hatte sich gemeinsam mit dem damaligen Landtagspräsidenten und jetzigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Guido Wolf im Sommer 2014 ein Bild von den Planungen für die Landesgartenschau, aber auch über die aktuellen Maßnahmen für das Integrierte Rheinprogramm (IRP) gemacht.

Ein Problem sind dabei die Kriegsfolgelasten, da Neuenburg im Zweiten Weltkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen war. Bis September 2014 wurden im Bereich Neuenburg im Rahmen des IRP rund 1,5 Tonnen an Kampfmitteln geborgen, was Kosten von rund einer halben Million Euro darstellt. Durch die Landesgartenschau werden umfangreiche Bautätigkeiten notwendig, weshalb hier mit weiteren hohen Kosten zur Kampfmittelbeseitigung zu rechnen ist. Rapp verwies in seinem Schreiben auch auf einen ähnlichen Fall in Landau in Rheinland-Pfalz, wo dieses Problem 2013 im Rahmen der Planungen zur dortigen Landesgartenschau ebenfalls Thema war. Rheinland-Pfalz hatte sich hier nach Medienberichten bereit erklärt rund 80% der Kosten für die Räumung des Geländes zu übernehmen. Minister Bonde teilte nun aber auf die Anfrage des Abgeordneten mit, dass Neuenburg nicht mit zusätzlichen Geldern rechnen könne, sondern hier nur eine Förderung im Rahmen des bereits zugesagten Festbetrags für die Landesgartenschau möglich wäre. Damit würden Teile der Gelder für die Landesgartenschau durch die Kampfmittelbereinigung verbraucht. „Es ist sehr bedauerlich, dass hier keine direkte Unterstützung erfolgt, obwohl Neuenburg nicht der Verursacher für die Kosten ist“, so Rapp.

**Dr. Patrick Rapp MdL**

[www.patrick-rapp.eu](http://www.patrick-rapp.eu)

Verantwortlich: Micha Bächle 2.4.2015